

Personalnot gefährdet Kindeswohl

Auch beim Vorarlberger Kinderdorf gibt es bereits Wartelisten.

BREGENZ Personalmangel gefährdet auch das Kindeswohl. Darauf machte der Dachverband der Österreichischen Kinder- und Jugendhilfe aufmerksam. Es werde immer schwieriger, qualifizierte Mitarbeitende zu finden. Als Folge davon bilden sich in manchen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe schon Wartelisten. Die Geschäftsführerin des Vorarlberger Kinderdorfs, Alexandra Wucher, bestätigt: „Die Situation ist prekär.“ So warten aktuell 10 Kinder auf eine ambulante Begleitung, und es werden ihren Erfahrungen zufolge bis im Herbst wohl noch mehr. Derzeit würden laufend Anfragen her-einkommen.



Die Begleitung von Kindern und deren Eltern erzielt einen hohen Wirkungsgrad, doch die personellen Perspektiven sind düster. VOKI



„Die Nachwehen der Coronapandemie werden den Bedarf an Betreuung steigen lassen.“

Alexandra Wucher
Vorarlberger Kinderdorf

Matratzen gelegt

Gleiches gilt für den stationären Bereich. Dort ist der Bedarf ebenfalls hoch, doch noch zu decken. Sieben Kinder wurden über den Sommer in Kinderdorf-Familien aufgenommen, für zwei gibt es Anfragen. Einige Kinder fanden in der Krisenpflege einen Platz, aber auch das war laut Wucher mit viel Mühe verbunden. „In der Krisenauffanggruppe, die für sieben Kinder ausgelegt ist, mussten zum Teil kurzfristig sogar Matratzen ausgelegt werden“, verdeutlicht die Kinderdorf-Geschäftsführerin.

Das Vorarlberger Kinderdorf ist die größte Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung im Land. Die Orga-

nisation unterhält präventive, ambulante, teilstationäre und stationäre Angebote für rund 3000 Kinder und Jugendliche sowie deren Familien. Insgesamt betreute bzw. begleiteten die 300 Beschäftigten im vergangenen Jahr an die 3100 Kinder und Jugendliche, davon knapp 400 stationär. Eine Entspannung sieht Alexandra Wucher nicht. Sie befürchtet die Nachwehen der Coronapandemie, die den Bedarf an ambulanter und stationärer Betreuung für Kinder weiter steigen lassen, und das vor dem Hintergrund eines Mangels an fachlich qualifizierten Sozialpädagogen. Der hat bereits dazu geführt, dass es etwa bei den

Frühen Hilfen zu Wartezeiten von zwei bis drei Wochen kommt. Auch der Familiendienst ist stark ausgelastet. Zusätzlich schlägt in den drei Schulstandorten noch der Lehrermangel auf.

Kaum Bewerbungen

Derzeit werden Mitarbeitende für drei Wohngemeinschaften sowie eine Hausleitung gesucht. „Es gibt leider nur sehr wenige Bewerbungen“, merkt Wucher bedauernd an. „Schwache Jahrgänge, Bildungskarenzen, Auszeiten sofort nach der Ausbildung“, nennt sie als Gründe. Gleichzeitig geraten die aktuell Beschäftigten immer mehr an ihr Limit. „Der Sozialbereich hat viel an Lobby verloren“, mutmaßt Alexandra Wucher. Ein kürzlich erfolgtes Treffen mit Soziallandsrätin Katharina Wiesflecker, an dem Vertreter aller Einrichtungen teilnahmen, beschert jetzt etwas Hoffnung: „Man hat uns gehört und nimmt das Problem ernst.“ **VN-MM**

Brunner für soziale Staffelung

Es komme aber auf das Modell bei der geplanten Strompreisbremse an, sagt der Minister.

WIEN Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) will bei der geplanten Strompreisbremse auch eine soziale Staffelung haben. „Wenn es administrierbar ist“, sagte Brunner im Interview mit „profil“. Das Krisenkabinett der Bundesregierung will heute, am Montag, mit der Opposition, der Stadt Wien, den Sozialpartnern und Experten der Energiewirtschaft über den Status der Energieversorgung beraten.

Bis Ende August

Die Bundesregierung will bis Ende August ein Modell zur Strompreisbremse vorlegen. „Es wird ein Rechnungsdeckel, kein Preisdeckel“, bekräftigte Brunner. Es werde nicht der generelle Strompreis begrenzt, sondern eine gewisse Strommenge für jeden Haushalt subventioniert. Wie groß diese Menge ist, wird noch berechnet. „Wahrscheinlich orientieren wir uns am statistischen Durchschnittsverbrauch“. Den Haushalten

wird dafür dem Minister zufolge ein Pauschalpreis berechnet, der deutlich unter dem Marktpreis liegt. Für den Verbrauch, der darüber liegt, wird dann der normale Marktpreis fällig.

„Wenn es nach mir geht, sollte man soziale Staffelungen drinnen haben - wenn es administrierbar ist“, meinte Brunner.

Dies hänge aber vom Modell ab. „Das kann man derzeit schwer sagen.“ Die aktuell diskutierte Variante würde zwar

Menschen in kleinen Wohnungen mit geringem Verbrauch prozentuell mehr als Besserverdiener in großen Häusern mit hohem Verbrauch entlasten - weil bei Niedrigverdienern ein größerer Anteil ihres Stromverbrauchs unter den vergünstigten Preis fällt. Er sei aber auch für zusätzliche soziale Komponenten, sagte Brunner: „Man könnte etwa festlegen, dass sozial Schwache Zusatzenergiemengen zum günstigeren Preis bekommen. Das könnten etwa all jene sein, die von der ORF-Gebühr GIS befreit sind.“

Krisenkabinett berät

Zum heute tagenden Krisenkabinett sagte Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) am Wochenende: „Es ist wichtig, dass alle politisch Handelnden einen gesicherten Informationsstand haben.“ Ein wichtiger Teil der Beratungen werde der aktuelle Status der Energieversorgung in Österreich sein, hieß es. Neue Maßnahmen sollen keine verkündet werden. Dem Krisenkabinett gehören Kanzler Nehammer, Vizekanzler Werner Kogler (Grüne), Finanzminister Brunner (ÖVP), Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) und Wirtschaftsminister Martin Kocher (ÖVP) an. Von der Opposition werden SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner, Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger und die FPÖ-Abgeordnete Dagmar Belakowitsch ins Kanzleramt kommen.



Der Finanzminister äußerte sich zur geplanten Strompreisbremse. APA



Kommentar
Harald Walser

Preistreiberei beenden!

Jetzt also auch noch das Brennholz: Brennholz kostet derzeit rund 25 Prozent mehr als vor einem Jahr. Der Grund dafür sei - so die Forstabteilung des Landes Vorarlberg - der Ukraine-Krieg. Putin soll schuld sein an der Teuerung von Brennholz in Vorarlberg?

„Ist wirklich der Krieg in der Ukraine die Ursache oder sind es eventuell auch skrupellos Geschäftemacher, die die jetzige Situation ausnutzen?“

Wenn es nur Brennholz wäre: Die Inflation hat im Juli laut Statistik Austria 9,2 Prozent erreicht. Das ist der höchste Wert seit fast einem halben Jahrhundert.

Ein neues Wort ist daher in aller Munde: „Gierflation“. Es verweist auf eine zentrale Frage: Wie viel Geldgier steckt hinter Inflationsraten von inzwischen knapp zehn Prozent? Ist wirklich der Krieg in der Ukraine die Ursache oder sind es eventuell auch skrupellos Geschäftemacher, die die jetzige Situation ausnutzen? Sogar die Berliner Börse nimmt den Begriff „Gierflation“ auf und macht ihn zum „Wirtschaftswort der Woche“.

„Übergewinne“

Man kann nicht so recht glauben, dass wirklich der Ukraine Krieg die alleinige Ursache für diese Entwicklung ist. Fast täglich melden die großen Ölkonzerne Rekordgewinne. Allein der niederländische Konzern Shell hat am Freitag bekanntgegeben, dass der Gewinn 11,5 Milliarden Dollar ausmache - im Quartal, nicht etwa im Jahr! Ähnlich der französische Konzern Total mit fast zehn Milliarden Quartalsgewinn und weitere Energieunternehmen. Die Aktionäre freut es, denn ihnen winken fette Dividenden.

Und Österreich? Der Verbund steigerte seine Gewinne um 150 Prozent, die OMV konnte allein im zweiten Quartal 2022 ihr Ergebnis im Vergleich zum Vorjahresquartal mehr als verdreifachen. Das „Momentum-Institut“ bringt es in einer Analyse auf den Punkt: „Während die meisten Menschen immer ärmer werden, schneiden sich die Mineralölfirmen ein größeres Stück vom Kuchen ab.“

Kapitalismus pur?

Aber auch andere Energieunternehmen machen nicht zu rechtfertigende Preissteigerungen. Beispiel Stromversorger: Wie kann es sein, dass sich der gesamte Strompreis noch immer am teuersten Kraftwerk am Markt und somit an einem Gaskraftwerk orientiert, obwohl in Österreich ein Großteil des Stroms mit teilweise schon abgeschriebenen Wasserkraftwerken und somit überaus günstig produziert wird?

Dass dann auch noch die Lebensmittelbranche überdurchschnittlich „mitschneidet“, trifft gerade die untersten Einkommensschichten. Die Preise für Milch, Käse, Eier, Brot und andere Getreideerzeugnisse stiegen deutlich über der Inflationsrate. Für Markus Marterbauer, den Chefökonom der Arbeiterkammer, sind das „Trittbrettfahrer“ der Krise. Der Ökonom verlangt mehr Transparenz bei der Kostenentwicklung.

Dass Unternehmen nach Gewinn streben, ist nachvollziehbar. Wenn Krisensituationen wie die jetzige aber für ungerechtfertigte Preistreiberei genutzt und Menschen in die Armut getrieben werden, ist das Kapitalismus pur. Da ist der Staat gefordert!

HARALD WALSER
harald.walser@vn.at

Harald Walser ist Historiker, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat und AHS-Direktor.

KARIKATUR

Bremser im Galopp!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT